

Ostdeutsche Bauern stehen vor massiven Einbußen

EU-Kommissar Hogan will die Subventionen deckeln, weil durch den Brexit Geld in der Kasse fehlt. Was kleinere Höfe erfreut, bereitet den Großbetrieben Sorgen.



Die EU will die Förderung von der Hektargröße entkoppeln.

Quelle: dpa Potsdam

Auf die meisten Landwirte in Brandenburg und Ostdeutschland könnten ab 2021 erhebliche Einbrüche bei den Subventionen zukommen. EU-Agrarkommissar Phil Hogan stellte am Freitag in Brüssel seine Pläne für die neue Förderperiode von 2021 bis 2027 vor.

In der gesamten Europäischen Union sollen demnach insgesamt 365 Milliarden Euro für Direktzahlungen an Landwirte und Strukturprogramme für den ländlichen Raum ausgeschüttet werden. Herzstück der Reform ist die Einführung einer Kappung. Es wird nicht mehr jeder Hektar Fläche bezuschusst. Stattdessen soll es bei den Direktzahlungen eine Obergrenze von 100 000 Euro geben.

Spitzenempfänger: 2,01 Millionen von Brüssel nach Lübben

Der Vorschlag gehe in den wesentlichen Punkten in die falsche Richtung, sagte Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands, unter dessen Dach die meisten Großbetriebe versammelt sind. „Die Umweltauflagen für die Direktzahlungen sollen deutlich erhöht werden, zugleich wird das Agrarbudget gekürzt“, sagte er. Eine verpflichtende Kappung von Direktzahlungen sei der falsche Weg, so Rukwied.

In Brandenburg gibt es Großbetriebe, die pro Jahr Direktzahlungen von mehreren Hunderttausend Euro erhalten. Mit weiteren Agrarprämien kamen Spitzenempfänger wie die Agrargenossenschaft Radensdorf in Lübben (Dahme-Spreewald) 2017 so auf Zuweisungen in Höhe von 2,01 Millionen Euro. Davon waren rund 600 000 Euro Direktzahlen, die an die Größe des Betriebs gekoppelt war.

Ministerium muss erst mal rechnen

Die Reform bedeutet aber nicht, dass derlei Betriebe künftig nur noch mit 100 000 Euro aus Brüssel rechnen können. Denn die Reform sieht vor, dass Landwirte die Lohnkosten ihrer Mitarbeiter anrechnen können, was die Zuweisungen wieder erhöht. Was das genau für die hiesigen Landwirte bedeutet, sei noch unklar, hieß es aus dem Potsdamer Agrarministerium. „Wir müssen erst mal rechnen. Das ist nicht die Zeit für Schnellschüsse“, sagte Ministeriumssprecher Jens-Uwe Schade. In anderthalb Wochen wollen sich die ostdeutschen Landwirtschaftsminister mit den Bauernverbänden treffen, um eine gemeinsame Position zu dem Reformpaket zu erarbeiten.

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) sprach in einer ersten Stellungnahme von einem Entwurf voll „Licht und Schatten“. Sie begrüße das Ziel, Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz stärker zu fördern. Eine verpflichtende Obergrenze der Zahlungen bei 100 000 Euro lehnte Klöckner ab. „Ich kann mir kaum vorstellen, dass wir hier ohne Änderungen mitgehen können.“ Eine solche Kappung sollte den EU-Ländern freigestellt sein, forderte sie.

Familienbetriebe sind mit Kappung zufrieden

Mit der Kappung wird zumindest teilweise eine Forderung umgesetzt, die vor allem kleinere Betriebe seit langer Zeit erhoben hatten. Da es in Ostdeutschland bedingt durch die Agrarstrukturreformen zu DDR-Zeiten besonders große Höfe gibt, flossen hierhin auch entsprechend viele Subventionen. Die bäuerlichen Familienbetriebe fühlten sich benachteiligt.

Entsprechend zufrieden äußerte sich der Brandenburger Bauernbund, der die kleinen Höfe vertritt. „Die Obergrenze von 100 000 Euro pro Betrieb ist sinnvoll, für einen lebendigen ländlichen Raum brauchen wir viele Bauernhöfe und nicht wenige Agrarkonzerne“, sagte Vorstandsmitglied Thomas Kiesel, der in Barsikow (Ostprignitz-Ruppin) einen Hof betreibt. Die Vorschläge der EU gehen dem Bauernbund aber nicht weit genug.

Werden Agrargenossenschaften jetzt aufgespalten?

Denkbar wäre es nun, dass sich große Agrarbetriebe im Osten in Einzelbetriebe aufspalten, um an mehr Subventionen zu kommen. Der Bauernbund hätte nichts dagegen, will die Subventionen jedoch nur ortsansässigen Landwirten zugute kommen lassen – nicht aber überregionalen Investoren.

Denn die Subventionen kommen bisher indirekt auch Anteilseignern zugute, die mit der bäuerlichen Lebenswirklichkeit wenig zu tun haben – Versicherungskonzernen oder Hedgefonds.

„Eine Reform der EU-Agrarförderung ist seit langem überfällig, denn von den bestehenden Verteilungsmechanismen profitieren derzeit vor allem agroindustrielle Großbetriebe und Hedgefonds“, sagte Axel Vogel, Fraktionschef der Grünen im Brandenburger Landtag. Die EU-Kommission setze ausgerechnet bei den Programmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zum Erhalte lebenswerter Dörfer den Rotstift an. Das sei für Brandenburg besonders dramatisch, schließlich würden über diese Programme Verbesserungen in der Tierhaltung und der Umstellung auf Ökolandwirtschaft gefördert.

Von Torsten Gellner